Mitteilungsblatt

AfD-Fraktion im Rat der LHH • Herrenstr. 7 • 30159 Hannover

Ausgabe 1/2024

Mut zur Wahrheit



- AfD im Rat fordert: Sicherheitsdienst und Geldzuwendungen für Brennpunktschulen
- Erfolgreiche Fraktionsveranstaltungen im Rathaus



- » Ahlem-Badenstedt-Davenstedt
 - Einwohnerfragestunde oder inszeniertes Theater?
- » Döhren-Wülfel
 - 40.000 Euro Schaden: Linke Klimafanatiker beschädigen Fußballplatz am Südschnellweg
- » Bezirksrat Bothfeld-Vahrenheide
 - Bezirksratsfrau Judith Schunk zum Wärmeplanungsgesetz







Die Grünen im Rat forderten mit einem Dringlichkeitsantrag das Verbot der AfD. Zur "Erweiterung des Forderungskatalogs" (so die SPD) legten die gleichgeschalteten Blockparteien, bestehend aus SPD, CDU und FDP, noch einen drauf und ergänzten diesen mit einem Finanzierungsstopp der AFD und einem Verbot der Junge Alternative für Deutschland. Natürlich sind beide Anträge nichts weiter als Politik-Show,

Blockparteien im Rat stimmen für AfD-Verbot

denn auf kommunaler Ebene kann weder ein Verbot, noch ein Finanzierungsstopp durchgesetzt werden. Das schien den Ratsfraktionen zwar auch bewusst zu sein, aber man wolle ja "ein Zeichen setzen". Die Blockparteien übertrafen sich in der laufenden Debatte im Rat gegenseitig mit der üblichen Phrasendrescherei: Die SPD sprach von Nazis, Faschisten und Umsturzplänen, die CDU erunterirdischen mit NS-Vergleichen; man müsse der AfD den Geldhahn zudrehen! Die Grünen bezeichneten die IA als "faschistische Kampftruppe".

Gegenseitiges Beklatschen und Beweihräuchern durfte natürlich nicht fehlen. "Nie wieder ist jetzt", "Wir sind bunt und vielfältig", "Wir sind mehr". Die Angst der Einheitsfront scheint groß zu sein. Die Wähler der AfD möchte man aber doch irgendwie zurückgewinnen. Unsere drei Ratsherren nahmen die Show gelassen und konterten: "Eine Partei, die Volksabstimmungen wie in der Schweiz fordert, die gegen Waffenlieferung in Kriegsgebiete ist, wird heutzutage als rechtsextrem und die Mitglieder als Nazis bezeichnet. Eine Politikerin möchte AfDler ins Gas schicken, auf einem Demo-Plakat in Aachen steht "AfDler töten". Sie schreien "Nie wieder, und doch sind Sie schon wieder dabei!"

Unser stellvertretender Fraktionschef stellte fest: "Meine Damen und Herren, Sie schützen nicht die Demokratie, Sie haben Angst vor der Demokratie!"

Der Rat beschloss beide Anträge mit 59 Ja-Stimmen, 4 Gegenstimmen (AfD + Hannoveraner) und 2 Enthaltungen (Linke).

AfD im Rat fordert: Sicherheitsdienst und Geldzuwendungen für Brennpunktschulen



» Sogenannte Brennpunktschulen stehen regelmäßig vor enormen Herausforderungen, nicht zuletzt aufgrund von Vorfällen mit gewalttätigen Schülern, die nicht nur das Lernklima erheblich stören, sondern auch die Sicherheit von Schülern und Lehrkräften beeinträchtigen.

Die Schulleitungen der IGS Büssingweg und der IGS Stöcken verschickten nach nicht enden wollenden Gewalteskapaden Brand-

briefe an die Verwaltung und baten um dringende Unterstützung. In einer von uns initiierten Aktuellen Stunde im Rat forderten wir das Ende der Wischiwaschi-Maßnahmen, schnelles Handeln und das Ausarbeiten von Lösungen.

Das vor allem ein hoher Anteil an Schülern mit Migrationshintergrund für diese Gewaltausbrüche verantwortlich ist, möchte natürlich niemand aus der Verwaltung oder der Politik hören.

Als einzige Partei sprechen wir die Probleme nicht nur klar und deutlich an, wir haben auch Lösungen parat, anstatt nur von "vielschichtigen und komplizierten Problemen" zu schwadronieren. Wir fordern einen Sicherheitsdienst für Brennpunktschulen und mehr finanzielle Mittel für Schulprojekte.

Mit diesen Fördergeldern können Maßnahmen und Projekte finanziert werden, die darauf abzielen, das Lernumfeld zu verbessern, Gewaltprävention zu stärken und die pädagogische Arbeit zu unterstützen.

Das wünschen sich übrigens auch die Lehrkräfte. Unser Fraktionschef Jens Keller hat gemeinsam mit Bezirksratsherr Jörn König die IGS Büssingweg besucht, um mehr über die Lage vor Ort zu erfahren und um sich ein eigenes Bild der Situation zu machen.

Wir bleiben am Ball!





Erfolgreiche Fraktionsveranstaltungen im Rathaus

» Seit letztem Jahr bieten wir euch, den Parteimitgliedern, regelmäßig die Gelegenheit, an unseren Fraktionsveranstaltungen im Rathaus teilzunehmen.

Diese Veranstaltungen dienen nicht nur dazu, über unsere Arbeit im Rat und in den Bezirksräten zu informieren, sondern auch als Ort für lebhafte Diskussionen zu aktuellen Themen.

Wir freuen uns, dass sich unsere Veranstaltungen als voller Erfolg erwiesen haben.





Wir haben eine Vielzahl von Themen behandelt, von lokalen Angelegenheiten bis hin zu nationalen politischen Entwicklungen und konnten auch einige renommierte Gastredner gewinnen.

Die Teilnahme unseres hannoverschen Bundestagsabgeordneten Jörn König sowie Dietmar Friedhoff, Joachim Wundrak und dem ehemaligen Landeschef Jens Kestner haben unsere Veranstaltungen zusätzlich aufgewertet.

Auch in diesem Jahr werden wir euch weitere Veranstaltungen anbieten. Wir freuen uns darauf, euch zahlreich begrüßen zu dürfen und mit euch in den Dialog zu gehen.

Jens Keller gewinnt Personalratswahlen von aha!

Trotz - oder vielleicht sogar gerade wegen des medialen Dauerfeuers - wurde unser Fraktionschef Jens Keller zum stärksten Kandidaten in den Personalrat des Abfallentsorgers aha gewählt! Fast jeder zweite Beschäftige hat unserem geschätzten Mitstreiter seine Stimme gegeben, wodurch Jens mit Abstand zum bisherigen Personalratsvorsitzenden auf Platz 1 gewählt wurde.

Wir sind unglaublich stolz auf dich, Jens!

Du hast dem Druck, der vor allem von der Verdi und der negativen Berichterstattungen auf dich ausgeübt wurde standgehalten und für deine Werte eingestanden.



Deine Kollegen bei aha werden dich als einen engagierten und fairen Personalratsvertreter zu schätzen wissen. Wir wünschen dir viel Erfolg in deiner neuen Rolle!

Bezirksrat Ahlem-Badenstedt-Davenstedt

Bezirksratssitzung: Einwohnerfragestunde oder inszeniertes Theater?

» In der jüngsten Bezirksratssitzung am 8. Februar kam es zu hitzigen Diskussionen und Vorwürfen. Unser Anliegen, die Rückführung ausreisepflichtiger Migranten voranzutreiben, stieß auf erheblichen Widerstand. Der Antrag wurde ohne weitere Diskussion auf "Nichtbefassung" gesetzt, eine neue Masche des Altparteien-Kartells.

Die Einwohnerfragestunde, normalerweise angedacht für offene Diskussion und direkten Bürgerkontakt, nahm diesmal einen ungewöhnlichen Verlauf. Die hohe Besucherzahl ließ zunächst auf ein gesteigertes Interesse der Einwohner schließen.

Doch sie wandelte sich schnell in ein Szenario, das eher einem inszenierten Theater glich, mit unserem Fraktionschef, Reinhard Hirche, in der Hauptrolle. Dieser wurde mit etlichen Unterstellungen konfrontiert, die nichts mehr mit Sachfragen zutun hatten.

Besonders brisant war der Vorwurf eines Vertreters der Kirchengemeinde, der uns Rassismus unterstellte, da schließlich auch Jesus ein Flüchtling gewesen



sei. Den Sohn Gottes mit Menschen zu vergleichen, die sich aus wirtschaftlichen Gründen illegal in Deutschland aufhalten und teilweise kriminell werden, halten wir für denkwürdig.

Zudem führte unsere Bezeichnung "illegale Kostgänger" zu weiteren hitzigen Reaktionen aus dem Publikum.

Es war auffällig, dass der Bezirksbürgermeister Rolf Schulz, trotz der hitzigen Stimmung und teilweise persönlichen Beleidigunggen in Richtung unserer Partei, fnicht eingriff. Dies verstärkt den Eindruck, dass Kritiker der AfD gezielt für die Einwohnerfragestunde mobilisiert wurden.

Die Ereignisse der Sitzung werfen Fragen auf, bezüglich politischer Diskurse in unserem Bezirksrat, die nur darauf abzielen, den politischen Gegner zu diskreditieren.

Bezirksrat Döhren-Wülfel

₹40.000 Euro Schaden:

Linke Klimafanatiker beschädigen Fußballplatz am Südschnellweg

» Um den Ausbau des Südschnellwegs zu verhindern, haben selbsternannte "Klimaaktivisten" den angrenzenden Sportplatz der Spielvereinigung Niedersachsen-Döhren massiv beschädigt.

Sie rissen unter anderem ein Fußballtor ab, stellten geklaute Bauzäune auf und hoben Gräben aus, um sie anschließend zu fluten.

Uwe Wippach, Bezirksratsherr in Döhren-Wülfel fordert nun, die entstandenen Kosten für die Wiederherstellung des Fußballplatzes den ermittelten Tätern in Rechnung zu stellen. Die Polizei hat immerhin die Personalien verschiedener Randalierer aufgenommen und Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Es ist inakzeptabel, dass die Schäden, die auf etwa 40.000 Euro



geschätzt werden, von der Landeshauptstadt Hannover (Steuergelder) getragen werden müssen.

Werden die Täter verurteilt, müssen sie für die entstandenen Schäden auf dem Sportplatz haften.



Bezirksratsfrau Judith Schunk zum

Wärmeplanungsgesetz

Das Wärmeplanungsgesetz des Bundes (WPG) verpflichtet die Landeshauptstadt Hannover in Verbindung mit dem niedersächsischen Klimagesetz zur Erstellung einer Wärmeplanung bis spätestens 30.06.2026.

Dank der Kooperation mit dem Energiedienstleister enercity hat die Landeshauptstadt Hannover ihre Planung dem Land Niedersachsen bereits zum Jahresende 2023 vorgelegt.

Kern der Wärmeplanung ist die Ausweisung von Wärmenetzgebieten und von Gebieten mit

dezentraler Wärmeversorgung. Die Karten der voraussichtlichen Wärmeversorgungsgebiete sowie die zugrundeliegenden Bestandsund Potenzialanalysen sind unter Wärmeplanung Hannover veröffentlicht.

Unseren freiheitlichen Ansatz dazu kann man so zusammenfassen: "Keine Heizung ist illegal."



Ein weiteres wichtiges Thema für uns wird das HSG (Haushaltssicherungsgesetz) sein (städt. Einsparungen), wo wir insbesondere auf die Möglichkeit der Vermeidung von Steuergeldverschwendung hinweisen werden.

Parteipolitische Spielchen im Stadtrat: SPD kopiert Antrag der AfD





» Unser Antrag zu Unterstützung für Projekte an Brennpunktschulen wurde abgelehnt und kurz danach von der SPD kopiert!

Wir beantragten die Gewährung von Zuwendungen in Höhe von 10.000 € für Schulprojekte an Brennpunktschulen.

Durch die Bereitstellung von zusätzlichen Geldern können gezielte Maßnahmen und Projekte finanziert werden.

die das Lernumfeld verbessern, Gewaltprävention stärken und die pädagogische Arbeit unterstützen.

Die Altparteien im Stadtrat lehnten unseren Antrag umgehend ab. Was wir aber besonders dreist finden:

Zwei Wochen später reichte die SPD einen nahezu identischen Antrag ein!

Nur forderte sie reduzierte Mittel für Schulprojekte in Höhe von

7500 €. Die CDU fügte noch einige Änderungen zu, und gemeinsam wurde dieser Antrag beschlossen.

Unser Vorschlag, 10.000€ in unsere Brennpunktschulen zu investieren, wurde ohne Zögern abgelehnt.

Aber kaum kopiert die SPD den Antrag und bekommt die CDU an Bord, winken sie plötzlich 7.500€ durch.

Ganz großes Kino. Aber für uns zählt am Ende nur eins:

Mehr Geld für die Schulen und natürlich -





Ratsherr und Fraktionsvorsitzender im Stadtrat Stellv. Fraktionsvorsitzender im Bezirksrat Stv. Vorsitzender im Kreisverband Hannover Stadt E-Hail: jens.keller@afd-hannover.de

















Impressum:

AfD-Fraktion im Rat der LHH,
Herrenstr. 7, 30159 Hannover
info@afd-fraktion-hannover.de
www.afd-fraktion-hannover.de
Telefon: 0511-168 31845

